

# Hilfe kommt – aber nicht für alle

## Bundesfreiwillige sollen in Schulen die Arbeit mit Flüchtlingskindern unterstützen / Es fehlt an Mitteln

VON KATHRIN ALDENHOFF

**Bremen.** Monatlich etwa 500 Euro pro Monat trennen die Grundschule an der Stichnathstraße in Kattenturm von der dringend benötigten Unterstützung im Schulalltag. 500 Euro – etwa so viel kostet ein Bundesfreiwilliger, ein so genannter Bufdi, eine Einsatzstelle im Monat. „Bufdis wären in vielen Situationen eine große Hilfe“, sagt Carsten Dohrmann, Leiter der Grundschule. Doch so wie es im Moment aussieht, bekommt die Schule erst einmal keinen Bufdi – kein Geld.

Unterstützung ist an vielen Schulen nötig, weil seit dem Sommer viele Flüchtlingskinder in den Schulklassen sind. Und auch wenn diese Kinder und Jugendlichen planmäßig ein halbes Jahr lang einen Vorkurs besucht haben, können viele noch nicht dem Unterricht folgen. Weil manche nicht nur eine neue Sprache, sondern auch eine neue Schrift lernen müssen; weil manche in ihrem bisherigen Leben nicht regelmäßig zur Schule gegangen sind. Eine schwierige Situation für die Schulen, in denen die Lehrer meist allein mit den Kindern sind – bis auf die persönlichen Assistenten der Inklusionskinder, die sich aber vor allem um diese Kinder kümmern sollen.

Hilfe kommt nun von der Bundesregierung: Um freiwilliges Engagement in der Flüchtlingsarbeit zu unterstützen, stellt die Bundesregierung seit Dezember ein zusätzliches Kontingent an Plätzen für Bundesfreiwillige zur Verfügung. Insgesamt 10000 Plätze gibt es bis 2018 jedes Jahr für diese neue Form des Bundesfreiwilligendienstes mit Flüchtlingsbezug.

Nicht nur Schulen sind mögliche Einsatzorte für diese Bufdis – sie können auch Sportvereine, Kindergärten, Übergangswohnheime oder Kirchengemeinden mit ihrer Arbeit unterstützen. Bewerbungen können sich nicht nur deutsche Freiwillige, sondern auch Flüchtlinge selbst.

Mit 250 Euro pro Stelle fördert die Bundesregierung das Freiwilligenprogramm, das Geld bekommt die Einsatzstelle. Dieser Betrag reicht aber nicht ganz, um den Bufdi zu bezahlen. 413 Euro pro Monat bekommt ein Bufdi, der über den Sozialen Friedensdienst beschäftigt ist, als eine Art Gehalt. Die Höhe dieses Gehalts unterscheidet sich leicht von Träger zu Träger. Hinzu kommen Kosten für die Sozialversicherung und für die Seminare – etwa 500 Euro muss eine Einsatzstelle für einen Bufdi monatlich zahlen. Etwas günstiger ist es, wenn die Stelle mit einem Flüchtling besetzt wird.

Die freien Träger im Bundesland Bremen haben bisher etwa 80 Bufdi-Stellen beantragt. Unter den freien Trägern sind zum

„Wir müssten das Geld von der Behörde bekommen, ich weiß keine anderen Wege.“

Schulleiter Carsten Dohrmann

Beispiel der Soziale Friedensdienst Bremen, der Internationale Bund oder das Deutsche Rote Kreuz.

In den vergangenen Wochen hat der Internationale Bund 180 Infobriefe an Schulen in Niedersachsen und Bremen verschickt, um auf die Bufdi-Stellen mit Flüchtlingsbezug aufmerksam zu machen. Anke Mauser ist pädagogische Mitarbeiterin beim Internationalen Bund Bremen. Sie sagt, die Nachfrage sei eher gering. Der Grund: die Finanzierbarkeit. Sie habe die Dringlichkeit gespürt, als sie am Telefon mit den Schulverantwortlichen sprach. „Schulen brauchen im Alltag Unterstützung in der Arbeit mit Flüchtlingen. Das ist ein Programm für verlässliche Hilfskräfte, für nachhaltige Unterstützung. Und es sind

zusätzliche Hilfskräfte, sie ersetzen niemanden“, sagt Anke Mauser.

Doch als die Schulverantwortlichen dann hörten, dass sie die Stellen mitfinanzieren müssen, kam das Programm für die meisten nicht mehr in Frage. An zwei Schulen wird es wohl ab März einen Bufdi mit Flüchtlingsbezug geben, sagt Anke Mauser, diese seien aber in Niedersachsen. Dort werden die Stellen über die Schulträger – die Gemeinden – finanziert.

In Bremen ist der Schulträger die Stadt. Doch die finanziert Schulen keinen Bufdi von einem freien Träger wie dem Internationalen Bund. Denn: Auch die Bildungsbehörde hat sich um Bufdi-Plätze beworben, und 50 für die Stadt Bremen bekommen. Diese 50 Bufdi-Stellen vergibt die Bildungsbehörde demnächst an die Schulen – allerdings nur an Oberschulen und berufs begleitende Schulen. Dort seien die Herausforderungen durch die volleren Klassen größer, sagt Behördensprecherin Annette Kemp. Für Grundschulen sei ein Projekt mit Ehrenamtlichen geplant. Wenn Grundschulen oder Kitas einen Bufdi einsetzen wollen, müssen sie selbst einen Weg finden, diese Stelle zu finanzieren, zum Beispiel durch Eltern- oder Schulvereine.

Diese Möglichkeit scheidet für die Grundschule an der Stichnathstraße aus. „Wir müssten das Geld von der Bildungsbehörde bekommen, ich weiß keine anderen Wege“, sagt Carsten Dohrmann. „Wir in Kattenturm können das nicht über Schulvereine lösen.“ Von den Eltern Beträge einsammeln, um einen Bufdi zu finanzieren – das funktioniert vielleicht in anderen Stadtteilen, aber nicht in Kattenturm.

Bufdis können keine Lehrkräfte ersetzen, das sagt Schulleiter Carsten Dohrmann ganz klar. Und auch keine Erzieher. Und dennoch würde er sich sehr freuen, wenn er an seiner Schule einen Bufdi einsetzen könnte. Unterrichtsstoff noch einmal erklären; zeigen, was die Schüler bei

einer Aufgabe machen sollen; Ansprechpartner sein für alle Fragen, die bei den Kindern entstehen – all das könnte ein Bufdi in einer Schule machen. „Das würde vielen Kindern helfen.“

Andreas Rheinländer ist Geschäftsführer beim Sozialen Friedensdienst. Er findet: Der Freiwilligendienst gehört in die Zivilgesellschaft und damit zu den freien Trägern. „Die freien Träger haben die Expertise, die Bufdis während ihres Einsatzes zu begleiten.“ Der Soziale Friedensdienst hat 20 Bufdi-Plätze beantragt, zwei der Stellen sind schon besetzt. Bei der Bremer Sportjugend sind bereits drei von fünf Stellen besetzt, bei den anderen Trägern sind es noch nicht so viele – das Programm werde im Sommer richtig starten, sagt Rheinländer. „Unser Apparat richtet sich nach dem Schuljahr.“ Dann machen junge Menschen ihren Schulabschluss, manche von ihnen beginnen danach einen Freiwilligendienst.

Die Sprecherin der Bildungsbehörde teilte am Mittwoch mit, man behalte sich vor, die Grundschulen doch noch in das Programm mit aufzunehmen. Als Carsten Dohrmann von der Grundschule an der Stichnathstraße vor Wochen angefragt hatte, hieß es noch, das Programm gelte nicht für Grundschulen. „Wir würden uns sehr freuen, wenn wir doch in das Programm aufgenommen würden“, so Dohrmann. Die Frage ist, ob 50 Plätze dann reichen: In der Stadt Bremen gibt es 128 allgemeinbildende Schulen und 18 berufsbildende.

### Flüchtlingskinder in den Klassen

In den vergangenen drei Jahren kamen nach Angaben der Bildungsbehörde etwas mehr als 2000 geflüchtete und zugewanderte Kinder und Jugendliche in die Schulklassen der Stadt Bremen, in berufs vorbereitende Maßnahmen und in eine Ausbildung. Knapp 2000 weitere besuchen derzeit die Vorkurse und werden demnächst komplett in den normalen Schulunterricht aufgenommen.